

Schlesische

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 15. — M. Durch Austräger 70. — M. pro Woche. Durch die Post 240. — pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionspreis: 3. — 6. Nachm. Produktionsgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, L. O. m. B. G., Breslau, Postfachkonto Nr. 81060. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Freitag, 8. Dezember 1922

Anzeigenpreise: Die 6 gepaltene Millimeterzeile über deren Raum 10. — M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verträge und Versammlungsangelegenheiten 2,50 M. Kleinanzeigen per Wort 1,50 Mark. — Ret. a. m. Die Millimeterzeile 6 gepaltene über deren Raum im Text 30. — M.

Nationalistischer Rheinlandsrummel!

Breslau, den 7. Dezember 1922.

Die bürgerliche Presse (also auch die „Volkswacht“) verbreitet folgenden Aufruf:

Schlesier!

Viele Monate lang habt Ihr um die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland gekämpft und freudig Opfer aller Art dafür gebracht.

Heute wenden wir uns gerade an Euch, die Ihr Grenzlandschicksal kennt, mit der dringenden Bitte: „Gedenkt der deutschen Brüder und Schwestern im besetzten Rheinland!“

Ihr Schlesier, die Ihr schwerste Zeiten durchlebt, Ihr Oberschlesier vor allem, die Ihr die Leiden einer Fremdherrschaft erduldet habt, helft mit allen Euren Kräften dem Rheinland, das seit vier Jahren unter fremder Besatzung schmachtet und das doch auf alle Versuche, Verlockungen und Druckmittel mit dem Gelohnis unverbürlicher Treue zu Preußen und zum Reich antwortet.

Gemeinsames Unglück muß das deutsche Volk zu einer Schicksalsgemeinschaft verbinden.

Ihr Schlesier, zeigt in gemeinamer Sorge mit allen Deutschen den Rheinländern durch die Tat, daß ihre Leiden Eure Leiden und ihr Schicksal Euer Schicksal ist.

Geht führend voran bei der Abstimmung der Dankeschuld für alles, was die Rheinlande in der Abstimmungszeit und seither für Euch geleistet haben; lindert durch werktätige Hilfe die Not des Rheinlandes.

Jedes, auch das geringste Scherlein ist willkommen. Geldpenden werden auf Konto „Rheinlandhilfe“ angenommen beim Schlesiens Bankverein, Filiale der Deutschen Bank, bei der Bank für Handel und Industrie, bei der Dresdener Bank und bei dem Bankhaus E. Heimann.

Billa, Oberpräsident der Provinz Oberschlesien.

Zimmerer, Oberpräsident der Provinz Niederschlesien.

Brauweiler, Regierungspräsident von Oppeln.

Büchting, Regierungspräsident von Liegnitz.

Jaenicke, Regierungspräsident von Breslau.

„Rheinlandhilfe, Rheinlandprotest“, das ist das Schlagwort, mit dem heute die Nationalisten hauffieren gehen. Sie nutzen die Drohungen Frankreichs aus, eine neue nationalistische Hege einzuleiten, um dabei ihr Geschick zu machen.

Und die Regierung in ihrer Hilfslosigkeit unterstützt sie dabei. Sie gibt dies ungewollt sogar zu. Ganz richtig erinnern die Regierungspräsidenten Schlesiens an die Zeit der Abstimmung in Oberschlesien. Eine nationalistische Welle wie sie zu jener Zeit ganz Deutschland überflutete, soll abermals die deutsche Republik mit patriotischem Rot überflutet werden.

Den Rheinländern wird weder der „Rheinlandprotest“ noch die „Rheinlandhilfe“ etwas nützen. Denn um die politischen Proteste werden sich die französischen Machthaber nicht kümmern, und wenn es Proteste hagelt. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung Curvo ebenso wie die Regierung Birth höflich kahbudelt, wenn Poincare mit dem Säbel rasselt, oder ob sie den Mut findet, gegenüber den Gelüsten der französischen Kapitalisten nach den Rheinländern energisch die Interessen der deutschen Kapitalisten zu vertreten. Sie könnte Frankreich aber schließlich auch nur dadurch von seinen Plänen abbringen, daß sie den französischen Kapitalisten weitere Konzessionen macht, natürlich nur auf Kosten des Proletariats. Dabei wird der

„Rheinlandprotest“ nutzlos

sein.

Ebenso wenig wird die „Rheinlandhilfe“ etwas nützen. Die Proleten, bei denen man jetzt plötzlich wieder „Vaterlandsliebe“ sucht, weil man ihnen Geld aus der Tasche locken will, können nichts geben, weil sie schon an Verhungern sind. Und die Kapitalisten werden es vorziehen, ihre Gelder in Frankreich oder anderen valutastarken Ländern anzulegen, statt sie der „Rheinlandhilfe“ zu geben. Vielleicht werden sie einen winzigen Teil ihres von den Proleten erprehten Geldes geben um damit ihre Liebe und Treue zum „Vaterland“ (das sie durch ihre Spekulationen zugrunde richten) zu beweisen.

So bleibt als das einzige positive Ergebnis des „Rheinlandprotestes“ und der „Rheinlandhilfe“ das eine, daß eine Atmosphäre, ähnlich der des Augustes 1914 geschaffen wird, in der die

Reaktionäre ihr Werk betreiben

können. Das ist angesichts der drohenden faschistischen Gefahr besonders gefährlich. Es ist gerade die für die Faschisten erwünschte Stimmung.

Darum hat das Proletariat alle Veranlassung, in diesen Tagen besonders wachsam zu sein.

Die Proletarier wissen, daß nicht Proteste, sondern nur der gemeinsame Kampf des deutschen und französischen Proletariats die Raubgelüste der französischen Kapitalisten verhindern kann. Darum werden die Arbeiter sich dieser „nationalen Bewegung“ fernhalten. Sie müssen sie aber mit besonders wachsamem Augen beobachten. Es ist die Aufgabe der Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, darüber zu wachen, daß die „nationale Bewegung“ nicht umschlägt in den Angriff der Faschisten Deutschlands.

Der Schlag gegen den Achtstundentag

Levertufen und Oppau-Ludwigshafen.

Die Nachricht aus Levertufen, daß es der Direktion der dortigen Farbwerke gelungen ist, den Neunstundentag für die Handwerker durchzudrücken, zeigt der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands den furchtbaren Ernst der Situation. Die Unternehmer haben den Generalkampf gegen den Achtstundentag begonnen. Weil sie wissen, daß sie auch nach Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentags die Arbeitszeitverlängerung nur im schärfsten Kampf durchführen können, fragen sie gar nicht mehr, ob der gesetzliche Achtstundentag besteht oder nicht, sie greifen an, sie wollen den Schlag führen, um vollzogene Tatsachen zu schaffen. Die Annahme der von der Koalitionsregierung Birth vorbereiteten Arbeitszeitgesetze für gewerbliche Arbeiter, für Angestellte usw. wird nunmehr eine Formsache sein, wenn es den Unternehmern gelänge, für große Teile der Arbeiterschaft schon jetzt tatsächlich den Achtstundentag zu beseitigen.

An die Spitze der deutschen Kapitalisten hat sich jetzt das chemische Kapital gestellt, jener RiesenTrust, der die gewaltigen Werke von Levertufen, Leuna, Griesheim, Ludwigshafen und Oppau in sich vereinigt. Das Kapital hat sich wieder eine der schwächsten Stellen in der Front der Arbeiterschaft ausgesucht. Denn obwohl die Erzeugnisse des chemischen Trusts für die Volkswirtschaft, besonders für die Ernährung ungeheuer wichtig und unentbehrlich sind, kann der chemische Trust, insofern er nicht durch den Druck der Öffentlichkeit zum Einlenken gezwungen wird, infolge seiner Monopolstellung wochenlang seine Produktion einstellen, da er Riesenprofite angehäuft hat und sicher ist, sie nachher wieder zu realisieren. Doch ist dies nicht der einzige ungunstige Punkt für die Arbeiterschaft. Schwere wiegt es, daß die Gewerkschaftsbürokratie im Fabrikarbeiterverband, der die Führung in der chemischen Industrie hat, wohl aus den allerreaktionärsten Arbeiterverrättern zusammengesetzt ist. Einmal haben sie soviel Kämpfe auch bereits in der chemischen Industrie stattgefunden haben, noch nie einen irgendwie bedeutenden Kampf finanziert, vor allem nie gegen den chemischen Trust. Zum anderen haben sie, obwohl sie wissen, daß die Arbeiterschaft gerade der chemischen Industrie allein einen ungeheuer schweren Stand hat, nichts getan, um die Verbindung mit der übrigen Arbeiterschaft enger zu gestalten und dafür zu wirken, daß der ADGB die Verteidigung der bedrohten Erwerbungsformen des Proletariats mit Einsatz der ganzen Macht der acht Millionen freigewerkschaftlich organisierten führt. Die Führer des deutschen Fabrikarbeiterverbandes haben von jeher überall den reaktionärsten Standpunkt vertreten. Sie waren die wütendsten Feinde der Kommunisten und der revolutionären Arbeiterschaft.

Nun hat der chemische Trust angegriffen. In der Pfalz stehen die Arbeiter im Abwehrkampf und in Levertufen ist infolge des Verrates der Gewerkschaftsbürokratie der Neunstundentag eingeführt. Es muß hier mit allem Nachdruck betont werden, daß der Kampf in Ludwigshafen und der vorläufige Unternehmerkrieg in Levertufen eng zusammenhängt. Denn die Angriffe in Levertufen datieren nicht erst von gestern, sondern wurden seit längerer Zeit immer hartnäckiger wiederholt. Bereits vor einigen Wochen berichtete die Presse, daß der Arbeiterrat des Farbwerkes Levertufen einen Angriff der Sozialdemokratie abgewehrt hat. Nun genehmigte der Sozialdemokrat und Regierungspräsident Grüner den Neunstundentag für die Handwerker. Die Direktion drückte ihn sofort durch und drohte bei eventuellem Widerstand die gesamte Belegschaft auszusperrten. Die Handwerker sind fast restlos im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert. Da aber nach den neuen „Streitregeln“ der Fabrikarbeiterverband zu entscheiden hatte, ob ein Kampf geführt bzw. ob er unterstützt wird, und die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes es strikte ablehnte, den Achtstundentag zu verteidigen, so blieb der Belegschaft von Levertufen nur die Entscheidung: Streit ohne Gunstion oder Unterwerfung. Sie haben sich vorläufig gegen Es ist dies eine schwere Niederlage des gesamten Proletariats, niemand kann von dieser Last die Augen verschließen.

Aber gerade dadurch, daß die Arbeiterschaft von Levertufen nicht in den Streit trat, zeigt sich um so härter und in seiner ganzen Größe der erbärmliche Verrat der Gewerkschaftsbürokratie. Die ganze Arbeiterschaft

Genosse Kraft in Freiheit.

Genosse Ernst Kraft wurde am Donnerstag nachmittag gegen 3 Uhr nach 32stündigem Hungerstreik gegen Stellung einer Kautions entlassen. Der Ausweisungsbefehl gegen unseren Genossen ist vom sozialdemokratischen Minister Severing bereits erlassen, jedoch Genosse Kraft jetzt nur eine kurze Frist zur Vorbereitung seiner Ausreise hat.

Genosse Kraft war in den Hungerstreik getreten, weil er trotz Verbannung keiner Strafe weiter im Polizeigefängnis festgehalten wurde. — Wir begrüßen unseren Genossen in der „Freiheit“ der deutschen Ebert-Republik, die nur kurz befristet ist. (Wir meinen die Freiheit, nicht etwa die Republik!)

Der Achtstundentag aufgehoben.

Die neunstündige Arbeitszeit in Levertufen durchgedrückt!

Auf Verlangen der Levertuener Farbwerke genehmigte der sozialdemokratische Regierungspräsident Grüner in Düsseldorf „vorübergehend“ den neunstündigen Arbeitstag für Levertufen. Der Arbeiterrat wehrte sich

gegen den diktatorischen Befehl der Direktion, daß die Handwerker von jetzt ab neun Stunden arbeiten müßten. Doch in der Vertrauensmännerversammlung, die zu der Situation Stellung nahm, erklärte der Bevollmächtigte des Fabrikarbeiterverbandes, Storz, daß den Gewerkschaften keine Mittel zur Verfügung ständen, um die Verordnung des Regierungspräsidenten zu beseitigen. Wenn es zwischen der Belegschaft und der Direktion zu Differenzen komme, werde der Fabrikarbeiterverband diese Bewegung nicht stützen!

Durch diese Haltung des Fabrikarbeiterverbandes gezwungen, arbeiten die Handwerker Levertufens jetzt täglich neun Stunden.

Aus dem Schnaps quillt der Segen.

Nach der Schätzung der Branntweinbesteuerung für das Rechnungsjahr 1922-23 hätte der Ertrag, nach dem Durchschnitt berechnet, für die Zeit von April bis Oktober 6.300 und 1000 Millionen Mark ergeben müssen. Diese Steuerquelle ergab aber 2284 Millionen Mark, also mehr als das Doppelte.

Der Schnaps ist also eine kognispende Quelle für den Steuerfiskus. Erklärt das vielleicht den Hah gegen die Arbeiterbewegung und den Kampf von Einseitigen gegen Jungendliche, die öffentlich in Schöneberg gegen die Schnapsbesitz mit Plakaten demonstrierten?





